



Amtsblatt für die Stadt Langelsheim

Nr. 10

Jahrgang 2022

Langelsheim, 19.12.2022

INHALT

Bekanntmachung	Seite
Satzung der Stadt Langelsheim über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)	137
Satzung der Stadt Langelsheim über die Beseitigung häuslicher Abwässer durch Kleinkläranlagen	144
Festsetzung der Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer	146
Bauleitplanung der Stadt Langelsheim; Inkrafttreten des Bebauungsplanes L 141 „Innerstetal II“ im Stadtteil Langelsheim	147

Impressum:

Herausgeber: Stadt Langelsheim, der Bürgermeister, Harzstraße 8, 38685 Langelsheim

Verantwortlich für den Inhalt: Bürgermeister Ingo Henze

Kontakt: E-Mail: stadt@langelsheim.de, 05326/504-0, www.langelsheim.de

Satzung der Stadt Langelsheim über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 10, 58, und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.09.2022 (Nds. GVBl. S. 588) und der §§ 2 und 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (KNAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09.2022 (Nds. GVBl. S. 589) hat der Rat der Stadt Langelsheim in seiner Sitzung am 01.12.2022 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im Nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungskreis der Stadt Langelsheim werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im Nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2 Kostentarif

- (1) Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister wird ermächtigt, im Einzelfall Ausnahmen vom Kostentarif zuzulassen.

§ 3 Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes zu berücksichtigen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Sieht der Kostentarif vor, dass eine Gebühr nach Zeitaufwand zu bemessen ist, so ist als erforderlicher Zeitaufwand die Zeit anzusetzen, die unter regelmäßigen Umständen von einer entsprechend ausgebildeten Fachkraft für die Erbringung der Leistung benötigt wird. Soweit im Kostentarif nicht anderes bestimmt ist, sind je angefangene Viertelstunde erforderlichen Zeitaufwandes die Sätze nach § 1 Abs. 4 der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen des Landes Niedersachsen in der jeweils geltenden Fassung zu berechnen.

- (4) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit ganz oder teilweise abgelehnt oder zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (5) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (6) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4 Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach Nr. 11 des Kostentarifs.
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v.H.
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Kosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben derjenigen oder desjenigen beruht, die oder der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5 Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
 1. mündliche Auskünfte,
 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen,
 - b) Besuch von Schulen,
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen-, Witwer- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Nachweise der Bedürftigkeit.
 3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
 4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist,

- b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken im Sinne des § 54 der Abgabenordnung Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Die Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung und sonstigen Verwaltungstätigkeiten Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat die Kostenschuldnerin oder der Kostenschuldner sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat die Kostenschuldnerin oder der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25,00 € übersteigen. Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind ohne, dass sie gegenseitig ausgeglichen werden.
- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeuginnen oder Zeugen und Sachverständigen; wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Gebühren für Telefonate und Faxschreiben,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeuginnen- Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr der Gebietskörperschaften im Lande untereinander werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7 Kostenschuldnerin oder Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat.
- (2) Kostenschuldnerin oder Kostenschuldner nach § 4 ist diejenige oder derjenige, die oder der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldnerinnen und/oder Kostenschuldner sind Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner.

§ 8 Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9 Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an die Kostenschuldnerin, den Kostenschuldner oder die Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 10 Anwendung des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 11 Umsatzsteuer

Soweit Leistungen der Umsatzsteuer unterliegen, tritt zu den im Kostentarif festgesetzten Gebühren die Umsatzsteuer in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe hinzu.

§ 12 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Langelsheim über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 29.11.2001 außer Kraft.

Langelsheim, 06.12.2022

Ingo Henze
Bürgermeister

Kostentarif

Zu § 2 der Verwaltungskostensatzung der Stadt Langelsheim vom 01.12.2022

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschbetrag EURO
1	Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise	
1.1	Beglaubigung von Unterschriften	2,50 €
1.2	Beglaubigung von Abschriften und Vervielfältigungen, die mit Bürodruckgeräten hergestellt werden, und Durchschriften und Vervielfältigungen, die mit Fotokopier- und ähnlichen Geräten hergestellt werden, je Seite	
1.2.1	der Erstausfertigung	2,50 €
1.2.2	der Durchschrift	1,50 €
1.3	Beglaubigung von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland	5,00 € bis 15,00 €
1.4	Ersatz verlorengegangener Urkunden	2,50 € bis 10,00 €
2	Gewährung von Akteneinsicht	Nach Zeitaufwand
3	Auskünfte aus Registern und Karteien	
3.1	Auskunft aus einer Datenbank, einem Register, Akten, einer Kartei oder sonstigen Verzeichnissen, sofern nicht unter eine andere Tarifnummer fallend	Nach Zeitaufwand
3.2	Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung	Nach Zeitaufwand
	a) <i>Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn die Nachforschung ergeben hat, dass der in Frage stehende Betrag dem Empfänger nicht gutgeschrieben bzw. an ihn nicht ausgezahlt worden ist.</i>	
	b) <i>Der Betrag, der von der Stadt (Stadtkasse) für die Nachforschung an das kontoführende Kreditinstitut zu zahlen ist, ist in der Gebühr nicht enthalten und deshalb gesondert als Auslage zu erheben.</i>	
4	Vermögens- und Grundstücksverwaltung	
4.1	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts (Negativzeugnis) nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB	Nach Zeitaufwand
	<u>Anmerkung zu Nr. 4.1:</u> <i>Die Erteilung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB ist eine Amtshandlung. Im Hinblick auf die Bindung des Grundbuchrechtlichen Vollzugs jeder Auflassung an die Vorlage eines solchen Zeugnisses liegt seine Erteilung insoweit im öffentlichen Interesse. Trotzdem ist die Erhebung von Kosten nicht nach § 4 Abs. 2 NKAG, § 2 Abs. 1 NVwKostG ausgeschlossen, weil nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB das Zeugnis nur auf Antrag erteilt wird.</i> <i>Erhebt eine Gemeinde Gebühren für die Erteilung eines Negativzeugnisses, muss sie berücksichtigen, dass nur für die Zeugniserteilung selbst Kosten erhoben werden können. Die Prüfung, ob ein Vorkaufsrecht besteht und ob es ausgeübt werden soll, hat die Gemeinde dagegen nach Mitteilung des jeweiligen Kaufvertrages überwiegend im öffentlichen Interesse von Amts wegen durchzuführen.</i>	
4.2	Ausstellung einer Bestätigung über die gesicherte Erschließung im Rahmen des § 69 a Abs. 1 Nr. 5 NBauO	Nach Zeitaufwand
	<u>Anmerkung zu Nr. 4:</u> <i>Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Erklärungen und Bewilligungen auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung.</i>	
5	Aufstellung über den Stand des Steuerkontos für jedes Haushaltsjahr	Nach Zeitaufwand

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschbetrag EURO
6	Bescheinigung über öffentliche Abgaben früherer Jahre	Nach Zeitaufwand
7	Feststellungen aus Konten und Akten	Nach Zeitaufwand
8	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen durchgeführt werden	Nach Zeitaufwand
9	Genehmigungen und Erlaubnisse auf Grund der geltenden Satzung der Stadt Langelsheim über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung)	
9.1	Genehmigung für	
9.1.1	Neuanschluss an die Trinkwasseranlage	Nach Zeitaufwand
9.1.2	Änderung/Erweiterung der Trinkwasseranlage	Nach Zeitaufwand
9.2	sonstige Prüfungsmaßnahmen	Nach Zeitaufwand
9.3	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	Nach Zeitaufwand
10	Genehmigungen/Erlaubnisse auf Grund der geltenden Satzung der Stadt Langelsheim über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung)	
10.1	Entwässerungsgenehmigung	Nach Zeitaufwand
10.2	Sonstige Prüfungsmaßnahmen	Nach Zeitaufwand
10.3	Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang	Nach Zeitaufwand
10.4	Genehmigung zur Einleitung von Abwasser außergewöhnlicher Art in die städtischen Abwasseranlagen nach § 11 Abs. 5 der Abwasserbeseitigungssatzung Anmerkung zu Nr. 10.4: <i>Hierbei handelt es sich um die Verwaltungsgebühr für die satzungsrechtliche Anschlussgenehmigung, nicht aber um eine Genehmigungsgebühr auf Grund des § 151 NWG, für die in der AllGO eine Gebührenstelle (vgl. Tarif-Nr. 96.2.7.1) vorgesehen ist. Der Gebührenrahmen ist entsprechend der örtlichen Gegebenheiten auszuweiten bzw. einzuschränken. Soweit im Einzelfall besondere Auslagen (z.B. für besondere Untersuchungen der Abwasserqualität durch Inanspruchnahme Dritter) entstehen, sind diese neben der Gebühr nach der Tarif-Nr. 21.4 zu erheben.</i>	Nach Zeitaufwand
10.5	Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln des Anschlussnehmers erforderlich werden Anmerkung zu Nr. 10.5: <i>Der Gebührenrahmen ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen insbesondere dem Kreis der Anschlussnehmer zu bestimmen. Soweit die Stadt Dritte mit der Untersuchung beauftragen muss, werden diese Kosten als Auslagen neben der Gebühr erhoben.</i>	Nach Zeitaufwand
11	Rechtsbehelfe Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidungen über Widersprüche Dritter	Nach Zeitaufwand
12	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene hoheitliche Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	Nach Zeitaufwand

Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschbetrag EURO
13	Hoheitliche Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderem Aufwand verbunden sind	Nach Zeitaufwand

Satzung

der Stadt Langelsheim über die Beseitigung häuslicher Abwässer durch Kleinkläranlagen

Auf Grund der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert am 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 191) und des § 56 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert am 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) i. V. m. § 96 Abs. 4 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Neufassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64) zuletzt geändert am 28. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 388) hat der Rat der Stadt Langelsheim in seiner Sitzung am 01.12.2022 die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

- (1) Für die in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten bebauten Grundstücke in der Stadt Langelsheim haben die Nutzungsberechtigten der Grundstücke häusliches Abwasser durch Kleinkläranlagen zu beseitigen.
- (2) Ob das Abwasser aus den Kleinkläranlagen (mit Ausnahme des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes) dem Untergrund zuzuführen ist oder einem, und wenn welchem, oberirdischen Gewässer, ist in Anlage 1 zu dieser Satzung vermerkt.

§ 2

Die Übertragung der Beseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke erlischt, wenn das Grundstück an die öffentliche Kanalisation angeschlossen ist. Die Regelung des § 96 Abs. 6 S. 3 NWG bleibt unberührt.

§ 3

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Langelsheim über die Beseitigung häuslicher Abwässer durch Kleinkläranlagen in der Fassung vom 15.12.2010 außer Kraft.

Langelsheim, den 02.12.2022

Stadt Langelsheim
Der Bürgermeister

Ingo Henze

Anlage 1: Grundstücke, die künftig ihr Abwasser über Kleinkläranlagen reinigen

Nr.	Grundstück	Gemarkung	Flur	Flurstück	Einleitungsstelle
Stadtteil Langelsheim					
1	Rodenberg 1	Langelsheim	21	34	Einleitung in den Straßenseitengraben, Gemarkung Langelsheim, Flur 21, Flurstück 34
2	Zum Voßtal 1	Langelsheim	20	89	Einleitung in den Untergrund, Gemarkung Langelsheim, Flur 20, Flurstück 89
3	Zum Voßtal 3	Langelsheim	7	451/8	Einleitung in den Untergrund, Gemarkung Langelsheim, Flur 7, Flurstück 451/11
4	Seesener Straße 19 Gebäude Nr. 11	Langelsheim	23	51/1	Einleitung in den Untergrund, Gemarkung Langelsheim, Flur 23, Flurstück 51/1
5	Seesener Straße 19 Gebäude Nr. 36	Langelsheim	23	51/1	Einleitung in den Untergrund, Gemarkung Langelsheim, Flur 23, Flurstück 51/1
6	Seesener Straße 19 Gebäude Nr. 1, 51, 53 und 56	Langelsheim	23	51/2	Einleitung in den Untergrund, Gemarkung Langelsheim, Flur 23, Flurstück 51/2
7	Sültefeld 1	Langelsheim	12	942/1	Einleitung in den Sültefeldgraben Gemarkung Langelsheim, Flur 14, Flurstück 1136/45
8	Brinkwiese	Langelsheim	21	9	Einleitung in den Dolger Bach Gemarkung Langelsheim, Flur 26, Flurstück 1
Stadtteil Lautenthal					
9	Maaßener Gaipel 1	Lautenthal	9	126/2, 126/4	Einleitung in den Untergrund Gemarkung Lautenthal Flur 9, Flurstück 126/2
10	Kiefernweg 1	Lautenthal	2	56/18	Einleitung in die Dölbe Gemarkung Langelsheim, Flur 19, Flurstück 2/10
11	An der Innerste 1	Lautenthal	4	21/1	Einleitung in den Untergrund Gemarkung Lautenthal Flur 4, Flurstück 21/1
Stadtteil Astfeld					
12	Am Todberg 3	Astfeld	4	158/22	Einleitung in den Untergrund Gemarkung Astfeld Flur 4, Flurstück 158/22
13	Zur Mühle 5	Astfeld	5	195/9	Einleitung in den Mühlgraben Gemarkung Astfeld, Flur 11, Flurstück 44
14	Zur Mühle 5a,b,c	Astfeld	5	195/2	Einleitung in den Mühlgraben Gemarkung Astfeld, Flur 11, Flurstück 44
15	Standortschießanlage	Astfeld	5	209/4, 209/5, 209/6	Einleitung in den Scheeptalsgraben Gemarkung Astfeld, Flur 11, Flurstück 101/1

Bekanntmachung

Festsetzung der Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer

Die Höhe der Abgaben für die Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer bleibt im Haushaltsjahr 2023 unverändert. Sie werden deshalb durch diese öffentliche Bekanntmachung gemäß § 14 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.09.2022 (Nds. GVBl. S. 589), in der zuletzt bei der Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer und Hundesteuer für das Jahr 2022 veranlagten Höhe und zu den angegebenen Fälligkeiten für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzt.

Mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieser Festsetzung treten für die Abgabepflichtigen die gleichen Rechtswirkungen ein, als wäre Ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Bescheid zugegangen. Die Festsetzung kann innerhalb einer Frist von einem Monat, die mit dem Tage der Bekanntmachung zu laufen beginnt, durch Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstraße 55, 38100 Braunschweig angefochten werden.

In Fällen, in denen sich die Bemessungsgrundlage geändert hat, werden jeweils Bescheide erteilt.

Ingo Henze

Bekanntmachung

Bauleitplanung der Stadt Langelsheim; Inkrafttreten des Bebauungsplanes L 141 „Innerstetal II“ im Stadtteil Langelsheim

Der Rat der Stadt Langelsheim hat in seiner Sitzung am 30.06.2022 den Bebauungsplan L 141 „Innerstetal II“ im Stadtteil Langelsheim gemäß § 2 Abs. 1 und § 10 Baugesetzbuch als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen. Der Beschluss des Bebauungsplanes L 141 „Innerstetal II“ wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der vorgesehene Geltungsbereich liegt im Außenbereich des Stadtteils Langelsheim in der Straße Innerstetal / Landesstraße 515 und beinhaltet Grundstücksflächen, die südwestlich der Bundesstraße 82 an der Straße Innerstetal / Landesstraße 515 gelegen sind. Er beinhaltet die Grundstücksflächen der Firma Hirsch Metallbau, Innerstetal 7, der Firma Illmann Metallbau GmbH, Innerstetal 9, sowie der Firma TFK-Immo GmbH, Innerstetal 11. Der räumliche Geltungsbereich ist zudem im zugehörigen Lageplan kenntlich gemacht.

Inhalt des Bebauungsplanes ist die Festsetzung als „Gewerbegebiet“ im Sinne von § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, ab sofort im Rathaus der Stadt Langelsheim, Bauamt, Zimmer 303, Harzstr. 8, 38685 Langelsheim, zu den nachstehend genannten Zeiten einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen:

montags und mittwochs	von 7.00 - 12.30 Uhr und von 13.30 - 14.45 Uhr;
dienstags und donnerstags	von 7.00 - 12.30 Uhr und von 13.30 - 17.00 Uhr;
freitags von	von 7.00 - 12.15 Uhr.

Der Bebauungsplan L 141 „Innerstetal II“ im Stadtteil Langelsheim tritt mit dieser Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 08.10.2022 (BGBl. I S. 1726), in Kraft.

Hinweise:

1. Hinweis auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB:

Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die vorbezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

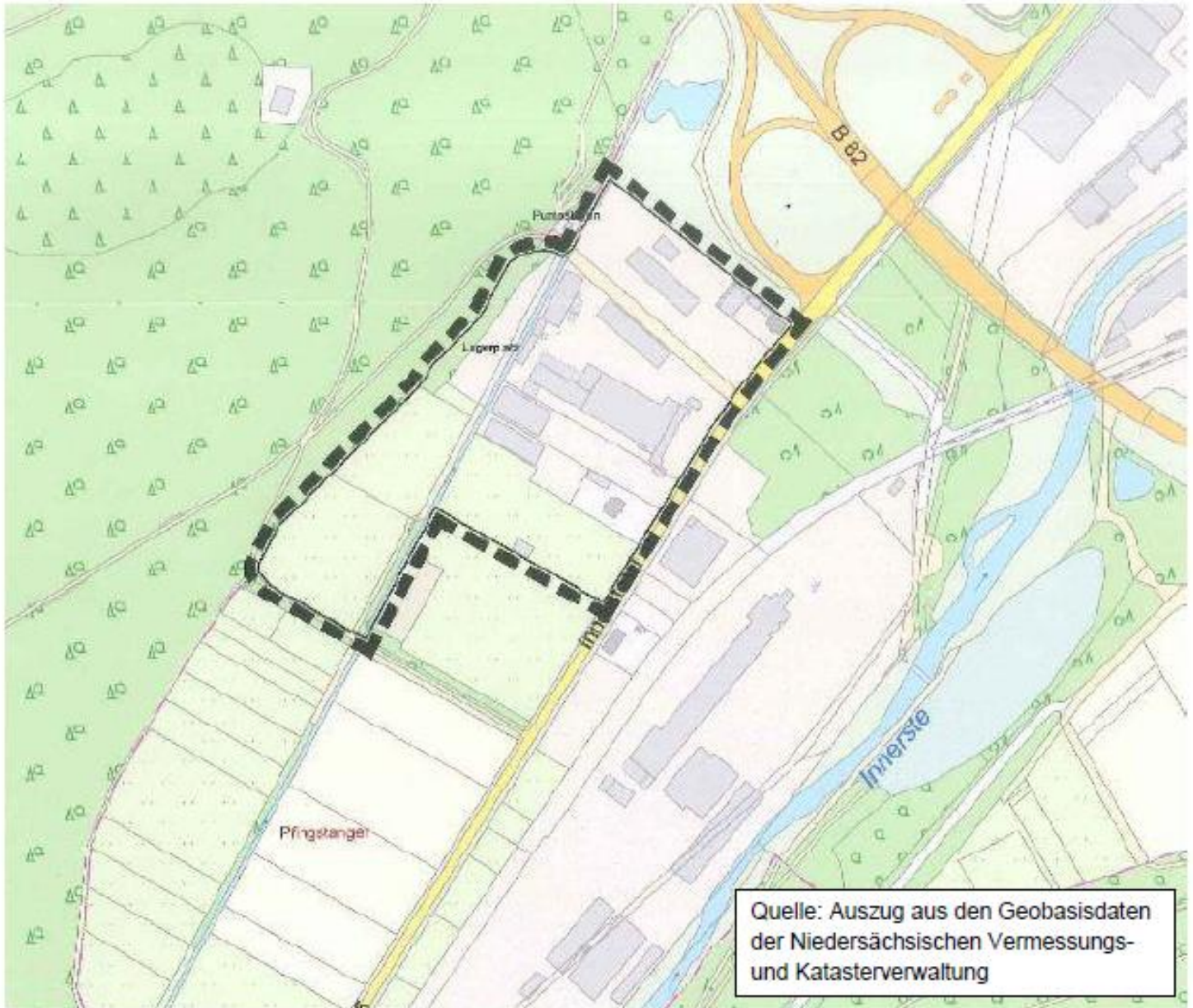
2. Hinweis auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Langelsheim unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Ingo Henze

Anlage
Übersichtsplan



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans L 141
„Innerstetal II“ im Stadtteil Langelsheim